



Niederschrift

17-014. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses des Kreistages Bergstraße

am Freitag, 08.03.2013, 08:00 Uhr bis 09:45 Uhr,
im Sitzungssaal "Bergstraße" (Raum 3019) des Landratsamtes in Heppenheim, Graben 15

Tagesordnung

- Punkt 1 Erlass einer Satzung zur Förderung der Kindertagespflege mit Erhebung von Kostenbeiträgen
Vorlage: 17-0755
- Punkt 2 Änderung der Hauptsatzung des Kreises Bergstraße vom 16. Januar 1978, zuletzt geändert am 5. März 2007;
hier: Änderung in § 5 - Bekanntmachungen
Vorlage: 17-0771
- Punkt 3 Auflösung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Reaktivierung der Überwaldbahn und Neugründung einer gemeinnützigen GmbH
Vorlage: 17-0777
- Punkt 4 Überleitung der Tourismusmarketing GmbH Kreis Bergstraße in eine ruhende GmbH
Vorlage: 17-0778
- Punkt 5 Beteiligungsrichtlinie des Kreises Bergstraße
Vorlage: 17-0741
- Punkt 6 Kommunaler Schutzschirm
- Beschlussfassung über den Abschluss einer Ablösungs- und Zinsvereinbarung zwischen der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen und dem Kreis Bergstraße
Vorlage: 17-0757
- Punkt 7 Antrag der SPD-Fraktion vom 20. August 2012 zum Thema "Schulbegleiter" - vom Kreistag zur Beratung an den Ausschuss für Schule und Soziales und den Haupt-, Finanz- und Personalausschuss verwiesen;
hier: Antworten des Jugendamtes auf den o.g. Antrag sowie Stellungnahmen/Zwischenbericht zu den Fragen/Anliegen aus der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales und des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses am 13. November 2012
Vorlage: 17-0589/1

- Punkt 8 Personalangelegenheiten des Gesundheitsamtes
Vorlage: 17-0780
- Punkt 9 Kreditaufnahme aus der Kreditermächtigung 2011
Vorlage: 17-0742
- Punkt 10 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen
- Punkt 10.1 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Information betreffend Zeitguthaben der Beamten und Beschäftigten der Kreisverwaltung Bergstraße
Vorlage: 17-0790
- Punkt 10.2 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Sachstand betreffend Begründung einer strategischen Partnerschaft von Kreiskrankenhaus und Universitätsklinikum Heidelberg
- Punkt 10.3 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Genehmigung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013
- Punkt 10.4 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Terminierung der Finanz- und Controllingberichte 2013
- Punkt 10.5 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Abschluss der Volkszählung "Zensus 2011"

Anwesende:

Ausschussvorsitzender:

Fiedler, Josef SPD

Ausschussmitglieder:

Arnold, Hermann Peter	CDU	
Kempf, Bastian	CDU	
Kunkel, Joachim	CDU	
Roeder, Oliver	CDU	
Fiedler, Josef	SPD	(siehe auch Ausschussvorsitzender)
Herbert, Gerhard	SPD	
Kaltwasser, Jürgen	SPD	
Figaj, Thilo	GRÜNE	
Schäffer, Manfred	GRÜNE	
Dr. Greif, Martin	FREIE WÄHLER	
von Hunnius, Roland	FDP	

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

Hoch, Haymo	Bürgerunion	
Dambier, Peter	PIRATEN	in Vertretung für Zenker, Veronika

Fraktionsvorsitzende:

Schneider, Gottfried	CDU
Zenker, Veronika	PIRATEN

Kreisausschuss:

Wilkes, Matthias	Landrat
Metz, Thomas	Erster Kreisbeigeordneter
Schimpf, Matthias	Dezernent

Verwaltung:

Medert, Martin	Finanz- und Rechnungswesen
Brück, Tobias	Finanz- und Rechnungswesen
Schneider-Jaksch, Ute	Jugendamt (zu TOP 1)
Bitsch, Eva	Jugendamt (zu TOP 1)
Stoll, Christina	Bürgerservice, Kreisgremien, Presse, Vereine und Kultur (ab TOP 3)
Kaldschmidt, Andreas	Revision (ab TOP 3)

Schriftführerin:

Germann, Ingrid	Bürgerservice, Kreisgremien, Presse, Vereine und Kultur
Schüßler, Helene	Bürgerservice, Kreisgremien, Presse, Vereine und Kultur

Ausschussvorsitzender Fiedler eröffnete um 08:00 Uhr die 17-014. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses des Kreistages Bergstraße, begrüßte die Erschienenen und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1: **Erlass einer Satzung zur Förderung der Kindertagespflege mit Erhebung von Kostenbeiträgen**
Vorlage: 17-0755

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, den der Vorlage 17-0755 als Anlage 1 beigefügten Satzungsentwurf zur Förderung der Kindertagespflege mit Erhebung von Kostenbeiträgen im Kreis Bergstraße zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 2: **Änderung der Hauptsatzung des Kreises Bergstraße vom 16. Januar 1978, zuletzt geändert am 5. März 2007; hier: Änderung in § 5 - Bekanntmachungen**
Vorlage: 17-0771

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Die Hauptsatzung des Kreises Bergstraße vom 16. Januar 1978, zuletzt geändert am 5. März 2007, wird wie folgt geändert:

§ 5 Ziffer 1 wird wie folgt neu gefasst:

- (1) Die öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen durch Veröffentlichungen in den Tageszeitungen "Starkenburger Echo", Heppenheim, "Bergsträßer Anzeiger", Bensheim, "Odenwälder Zeitung", Weinheim, "Bürstädter Zeitung", Bürstadt, "Lampertheimer Zeitung", Lampertheim und "Südhessen Morgen – Ausgabe Bürstadt/Biblis, Lampertheim und Viernheim", Bürstadt, Lampertheim und Viernheim.

Die Änderung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 3: **Auflösung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Reaktivierung der Überwaldbahn und Neugründung einer gemeinnützigen GmbH**
Vorlage: 17-0777

Landrat Wilkes erläuterte die Gründe für die beabsichtigte Auflösung der KommAG und die Neugründung einer gGmbH Überwaldbahn. Die Anschaffung der Draisinenfahrzeuge solle zu 50% über EU-Fördermittel und zu 50% über Spenden finanziert werden. Im Hinblick auf die Spendenabzugsfähigkeit sei die Gründung der gGmbH wichtig.

Bei der anschließenden Aussprache gab es zahlreiche Fragen, zu denen Landrat Wilkes Stellung nahm. Die Fragen betrafen folgende Punkte:

- Finanzierung der Draisinenfahrzeuge

zur Zwischenfinanzierung sei vorsorglich für zwei Jahre ein Kredit aufgenommen worden. Die EU-Fördermittel seien inzwischen eingegangen; an Spenden seien derzeit rd. 200.000 € zugesagt, die nach Gründung der gGmbH kommen werden;

- Auslieferung und TÜV-Abnahme der Fahrzeuge

das erste Fahrzeug solle Ende März, bis Ende Juni sollten alle Fahrzeuge ausgeliefert sein. Jedes Fahrzeug müsse bei der Auslieferung abgenommen werden;

- Starttermin für den Draisinenbetrieb

im Frühjahr 2013 solle die Draisinenbahn starten;

- Konsequenzen bei Verlusten der gGmbH

bei allen Gesellschaften, an denen der Kreis beteiligt sei, bestehe Nachschusspflicht für den Kreis. Auch bei einem Betrieb der Draisinenbahn durch einen Dritten sei Nachschuss denkbar. Bis jetzt sei für das Projekt noch kein Nachschuss der Mitglieder der KommAG erforderlich geworden. Das größte finanzielle Risiko sei die Instandsetzung der Trasse gewesen, es sei aber gelungen, im Kostenrahmen zu bleiben. Auch für die Anschaffung der Draisinenfahrzeuge seien bisher noch keine Mittel des Kreises und der Kommunen Absteinach, Mörlenbach und Wald.Michelbach geflossen;

- Gründe für die Übernahme des Betriebs der Draisinenbahn durch die gGmbH

vor kurzem sei klar geworden, dass der Anbieter, der bei der Ausschreibung vor über drei Jahren den Zuschlag erhalten habe, aufgrund wirtschaftlicher Probleme den Betrieb der Draisinenbahn nicht leisten könne. Die Konditionen der seinerzeitigen Vergabe dürfe nicht verändert werden, ansonsten sei die EU-Förderung gefährdet. Die Mitglieder der KommAG hätten daraufhin einstimmig entschieden, dass zunächst die gGmbH den Betrieb organisieren solle und ggf. im kommenden Jahr der Betrieb neu ausgeschrieben werden solle. Eine Neuausschreibung brauche Zeit und der Betrieb solle in diesem Jahr noch starten. Für die gGmbH stelle der Betrieb der Draisinenbahn keinen wirtschaftlichen Betrieb, sondern einen Zweckbetrieb dar. Das finanzielle Risiko für die gGmbH durch die Übernahme des Betriebs werde als gering eingeschätzt. Die Erfahrungen der gGmbH aus dem Betrieb könnten zudem bei einer Neuausschreibung des Betreibervertrages genutzt werden;

- Kalkulationskonzept und Personal für den Betrieb der Draisinenbahn

nach der Gründung der gGmbH werde die Geschäftsführung bestellt, die dann den Kalkulationsplan für den Betrieb erstellen werde. Er gehe davon aus, dass der Nachschuss weniger als die im Gesellschaftsvertrag vorgesehene jährliche Maximalsumme von 200.000 € betragen werde. Für den Saisonbetrieb der Draisinenbahn von Frühjahr bis Spätherbst solle zeitlich befristet Personal eingestellt werden;

- Beantwortung der Landtagsanfrage von Abgeordneter Karin Müller (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 21. Januar 2013

zunächst sei, wie in der Beantwortung dargestellt, vorgesehen gewesen, die Tourismusmarketing GmbH als Nachfolge für die KommAG zu nutzen. Wirtschaftsprüfer hätten Ende Januar 2013 davon abgeraten und empfohlen, hierfür eine gemeinnützige GmbH neu zu gründen.

Abgeordneter von Hunnius kritisierte, es sei keine Aufgabe des Kreises, eine Draisinenbahn zu betreiben, und hielt das finanzielle Risiko für Kreis und die drei Kommunen durch den Betrieb durch die gGmbH größer als bei Betrieb durch eine Privatfirma. Weiter monierte er, dass die Herstellung der Draisinenfahrzeuge in Auftrag gegeben worden sei, als die Finanzierung noch nicht geklärt und die Spendenabzugsfähigkeit geprüft gewesen sei.

Abgeordneter Dr. Greif kündigte an, den Beschlussvorschlag ablehnen zu wollen. Eine Übernahme des Betriebs der Draisinenbahn durch den Kreis sei nie vorgesehen gewesen. Außerdem sei bei dem seinerzeit vorgestellten Betreiberkonzept kalkuliert worden, die Kosten der Instandhaltung der Strecke könnten über die Pachteinnahme abgedeckt werden, so dass kein Nachschuss des Kreises notwendig würde.

Abgeordneter Dambier wies darauf hin, dass seinerzeit im Zusammenhang mit der Verzögerung bei der Herstellung der Draisinenfahrzeuge eine vorübergehende Übernahme des Betriebs durch den Kreis und die drei Kommunen thematisiert worden sei.

Der Bürgermeister der Gemeinde Wald-Michelbach, Abgeordneter Kunkel, erinnerte an den Beschluss des Kreistages von 2000 für eine touristische Nutzung der Trasse der Überwaldbahn. Er ging auf die seitherige Entwicklung ein und appellierte, das Projekt Draisinenbahn gemeinschaftlich zum Erfolg zu führen.

Fraktionsvorsitzender Schneider sah durch die beabsichtigte Gründung der gGmbH keine wesentlich veränderten Risiken für den Kreis gegenüber den Vorjahren. Mit den Erfahrungen von heute hätte man vielleicht nicht erst eine kommunale Arbeitsgemeinschaft gegründet, sondern gleich eine gGmbH.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste folgenden

Beschluss:

Der der Haupt- Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag des Kreises Bergstraße - vorbehaltlich der Zustimmung der WI-Bank zum Gesellschaftsvertrag und Nutzungsvertrag - folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag beschließt, mit Abschluss des gemeinsamen Projektes zur Reaktivierung der Überwaldbahn für touristische Nutzung (Draisine) des Kreises Bergstraße und der Gemeinden Abtsteinach, Mörlenbach und Wald-Michelbach im Rahmen der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft (Komm AG) gemäß § 2 der öffentlichen Vereinbarung vom 13. Oktober 2008 eine Nachfolgerin mit eigener Rechtspersönlichkeit (gGmbH) mit der Aufgabe Verwaltung und Sicherstellung des Betriebes der Überwaldbahn zu betrauen und die Komm AG aufzuheben.

Nach erfolgter Gründung der gGmbH wird das wirtschaftliche Eigentum an den Grundstücken, sowie der erstellten Infrastruktur von den Gebietskörperschaften auf die gGmbH übertragen. Das rechtliche Eigentum verbleibt bei den Gebietskörperschaften.

Als Nachfolgerin mit eigener Rechtspersönlichkeit wird eine gemeinnützige GmbH gemeinsam mit den Gemeinden Abtsteinach, Mörlenbach und Wald-Michelbach zum 01. April 2013 wie vorgeschlagen gegründet. Sämtliche Rechte und Pflichten sowie das Umlaufvermögen der Komm AG gehen auf die gGmbH über.

Das Beteiligungsverhältnis der gGmbH stellt sich wie folgt dar:

- Kreis Bergstraße 50 %,
- Gemeinde Abtsteinach 4,5 %
- Gemeinde Mörlenbach 18,5 %
- Gemeinde Wald-Michelbach 27 %

Die Stammeinlage beträgt 25 TEUR und ist im o. g. Beteiligungsverhältnis der Gesellschafter Kreis Bergstraße, Gemeinde Absteinach, Gemeinde Mörlenbach und Gemeinde Wald-Michelbach einzubringen.

Der Kreisausschuss wird beauftragt, alle notwendigen Schritte zur Erfüllung der in § 2 der öffentlich rechtlichen Vereinbarung genannten Aufgaben zur Gründung einer Nachfolgerin der Komm AG in Form einer gemeinnützigen GmbH wie vorgeschlagen einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

6 Jastimmen, 4 Neinstimmen, 1 Stimmenthaltung.

**Punkt 4: Überleitung der Tourismusmarketing GmbH Kreis Bergstraße
in eine ruhende GmbH
Vorlage: 17-0778**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgende Beschlüsse zu fassen:

"Der Kreistag beschließt in Fortführung des Beschlusses des Kreistages vom 10. September 2012 und des Beschlusses des Kreisausschusses vom 17. Dezember 2012 den Erwerb der GmbH-Anteile an der Tourismusmarketing GmbH zum 31. Dezember 2012 i. H. v. 25 TEUR. (Stadt Lorsch 20%; WfB 20%; DeHoGa 10%) Somit wird der Kreis Bergstraße alleiniger Gesellschafter der Tourismusmarketing GmbH.

Das Vermögen an den Solardraisinen sowie die analogen Kreditverpflichtungen sollen von der Tourismusmarketing GmbH an die zu gründende Überwaldbahn gGmbH übertragen werden.

Die Tourismusmarketing GmbH stellt mit dieser Übertragung ihre Tätigkeit vorläufig ein und wird ohne Betriebsübergang bis auf Weiteres ab 1. April 2013 ruhen."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Stimmenthaltung.

**Punkt 5: Beteiligungsrichtlinie des Kreises Bergstraße
Vorlage: 17-0741**

Auf Frage aus dem Ausschuss, wie der Widerspruch des Zweckverbands Abfallwirtschaft gelöst werde, erklärte Kreisbeigeordneter Schimpf, derzeit werde die Sachlage vom Hessischen Landkreistag geprüft und außerdem gebe es Gespräche mit dem ZAKB. Er sagte zu, dem Ausschuss über den Fortgang der Angelegenheit zu berichten.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste folgenden

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, die der Vorlage 17-0741 beiliegende Beteiligungsrichtlinie des Kreises Bergstraße zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 6:

**Kommunaler Schutzschirm
- Beschlussfassung über den Abschluss einer Ablösungs-
und Zinsvereinbarung zwischen der Wirtschafts- und
Infrastrukturbank Hessen und dem Kreis Bergstraße
Vorlage: 17-0757**

Kreisbeigeordneter Schimpf wies darauf hin, dass die Ablösungsvereinbarung einheitlich für alle Schutzschirmkommunen sei. Die Zinssätze für die abzulösenden Kredite seien derzeit noch nicht festgelegt, die Zinsdiensthilfen von 2% für die ersten Jahre gesichert.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste folgenden

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss stimmt dem Abschluss der der Vorlage 17-0575 beigefügten Ablösungs- und Zinsvereinbarung zwischen der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen und dem Kreis Bergstraße im Rahmen des Kommunalen Schutzschirms zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Stimmenthaltung.

Punkt 7:

**Antrag der SPD-Fraktion vom 20. August 2012 zum Thema
"Schulbegleiter" - vom Kreistag zur Beratung an den Aus-
schuss für Schule und Soziales und den Haupt-, Finanz- und
Personalausschuss verwiesen;
hier: Antworten des Jugendamtes auf den o.g. Antrag sowie
Stellungnahmen/Zwischenbericht zu den Fragen/Anliegen
aus der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Schule
und Soziales und des Haupt-, Finanz- und Personalaus-
schusses am 13. November 2012
Vorlage: 17-0589/1**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss hat von der Vorlage 17-0589/1 Kenntnis genommen.

Ausschussvorsitzender Fiedler gab zu bedenken, dass im Schulbereich immer noch eine gewisse Unsicherheit herrsche. Für betroffene Eltern sollte möglichst frühzeitig Klarheit über Änderungen bei den Fördermaßnahmen für ihre Kinder geschaffen werden.

**Punkt 8: Personalangelegenheiten des Gesundheitsamtes
Vorlage: 17-0780**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss hat von der in der Sitzung verteilten Vorlage 17-0780 Kenntnis genommen.

Kreisbeigeordneter Schimpf informierte über den voraussichtlichen Dienstantritt einer Nachrückerin aus dem seinerzeitigen Bewerbungsverfahren zum 1. Juni 2013 und über die mit dem Zweckverband der Gesundheitsämter der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg laufenden Gespräche bezüglich der Übernahme von Aufgaben des Kreises.

Landrat Wilkes ergänzte, dass es ein generelles Personalproblem in den umliegenden Gesundheitsämtern gebe und das Regierungspräsidium auf Zweckverbandslösungen dränge.

**Punkt 9: Kreditaufnahme aus der Kreditermächtigung 2011
Vorlage: 17-0742**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss hat von der Vorlage 17-0742 Kenntnis genommen.

Punkt 10: Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen

**Punkt 10.1: Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Information betreffend Zeitguthaben der Beamten und
Beschäftigten der Kreisverwaltung Bergstraße
Vorlage: 17-0790**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss hat von der in der Sitzung verteilten Vorlage 17-0790 Kenntnis genommen.

**Punkt 10.2: Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Sachstand betreffend Begründung einer strategischen
Partnerschaft von Kreiskrankenhaus und Universitätsklinikum
Heidelberg**

Erster Kreisbeigeordneter Metz teilte mit, dass in der Angelegenheit das kartellrechtliche Verfahren noch laufe und eine Entscheidung bis 20. März 2013 erwartet werde.

**Punkt 10.3: Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Genehmigung der Haushaltssatzung für das Haushalts-
jahr 2013**

Kreisbeigeordneter Schimpf informierte über den Eingang der aufsichtsbehördlichen Genehmigung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013, die weniger Auflagen, insbesondere bezüglich des Personals, als in den Vorjahren enthalte.

